



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 11.04.2025

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 14. April 2025

Fokusthemen: **Volkswirtschaft**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag in zweiter Lesung mit der «ÖV-Initiative» befassen. Nach der Zustimmung zu einem unumstrittenen Rahmenkredit für den ZVV wird der Rat über die Umsetzung einer PI zur Aufhebung der Kostenbeteiligung der Gemeinden bei Uferwegen debattieren und ein Postulat zum Potenzial von Seil-, Hoch- und Hängebahnen als erledigt abschreiben. Anschliessend wird sich der Rat bis zum Sitzungsende voraussichtlich mit ein paar Vorstössen beschäftigen, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen.

Schlussabstimmung zur «ÖV-Initiative»

Eigentlich keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zur Volksinitiative «ÖV-Initiative» zu erwarten ([5948](#)). In der zweiten Lesung geht es meistens nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sind, bevor in der Schlussabstimmung abschliessend über die Vorlage beschlossen werden kann. Der Kantonsrat hat allerdings Ende März in erster Lesung eine sehr ausführliche Debatte zu den beiden thematisch ähnlich gelagerten Volksinitiativen betreffend Tempo 30, zur «ÖV-Initiative» und zur «Mobilitätsinitiative» ([5947](#)) geführt. Mit 88 zu 87 Stimmen stimmte der Rat schliesslich der «Mobilitätsinitiative» zu. Anschliessend führte er eine Grundsatzdebatte zur «ÖV-Initiative» sowie zum von der vorberatenden Kommission vorgeschlagenen Gegenvorschlag zur Volksinitiative und beriet diese materiell durch. Im Rahmen der zweiten Lesung wird der Kantonsrat über den bereinigten Gegenvorschlag und über die Volksinitiative abstimmen. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) hatte dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen beantragt, die «ÖV-Initiative» abzulehnen, und mit 10 zu 5 Stimmen, der Kantonsrat solle dem Stimmvolk einen Gegenvorschlag unterbreiten. Mit der «ÖV-Initiative» wird von den Gemeinden gefordert, dafür zu sorgen, dass der öffentliche Verkehr grundsätzlich weder durch bauliche Massnahmen noch durch Verkehrsanordnungen (Tempo 30) behindert oder verlangsamt wird. Die dem Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) dadurch anfallenden Mehrkosten sollen künftig die Gemeinden übernehmen. Der Gegenvorschlag der Kommission fokussiert bei Temporeduktionen in erster Linie auf kompensierende Massnahmen. Diese sollen verhindern, dass der ÖV ausgebremst wird. Alle Gemeinden entlang einer ÖV-Linie sollen miteinbezogen werden. Die finanzielle Kompensation ist durch die Strasseneigentümerinnen und -eigentümer zu leisten, kommt aber erst als letztes Mittel zum Zug.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

ZVV-Rahmenkredit soll bewilligt werden

Keine lange Diskussion ist zum Rahmenkredit für den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) für die Fahrplanperiode 2025/2026 zu erwarten. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Kredit zu bewilligen ([5971](#)). Der ZVV erfüllt seine Aufgaben innerhalb eines Rahmenkredits, der vom Kantonsrat für eine Fahrplanperiode von mindestens zwei Jahren festgelegt wird. Da ein Fahrplanjahr jeweils von Mitte Dezember bis Mitte Dezember des folgenden Jahres dauert und damit nahezu identisch ist mit dem Kalenderjahr, wird der Rahmenkredit jeweils für zwei Kalenderjahre bewilligt.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Vorschlag zur Aufhebung der kommunalen Kostenbeteiligung bei Uferwegen

Bei der Änderung des Strassengesetzes zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative (PI) betreffend «Keine Kostenbeteiligung für Gemeinden bei Uferwegen» von SP-Kantonsrat Jonas Erni ist mit einer angeregten Debatte zu rechnen. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) hat dem Kantonsrat einen Erlassentwurf zur Umsetzung der PI unterbreitet, mit der eine Aufhebung der Kostenbeteiligung von Standortgemeinden beim Bau von Uferwegen gefordert wurde ([KR-Nr. 196/2019](#)). Damit hat die Kommission den vom Kantonsrat im vergangenen November erteilten Auftrag erfüllt. Der Rat hatte damals mit 88 zu 87 Stimmen – entgegen dem Antrag der KPB – der PI zugestimmt und diese zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes an die Kommission zurückgewiesen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Postulat zu Seil-, Hoch- und Hängebahnen soll abgeschrieben werden

Keine lange Diskussion wird die Abschreibung des Postulats von FDP, GLP und Mitte betreffend «Urbane Mobilität: Potential von Seil-/Hoch-/Hängebahn» auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat denn auch einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 207/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, in einem Bericht das generelle Potenzial von Seil-, Hoch- und Hängebahnen im urbanen Raum aufzuzeigen und konkret zu beurteilen, ob eine solche Lösung an der Rosengartenstrasse in Zürich einen Beitrag zur Stärkung des öffentlichen Verkehrs bringen könnte. In seinem Bericht zeigt der Regierungsrat auf, dass Seil-, Hoch- und Hängebahnen zwar spezifische Systemvorteile aufweisen und in bestimmten Fällen durchaus einen wichtigen Beitrag an die urbane Mobilität leisten können. Im dicht besiedelten städtischen Raum seien sie aber nur sehr schwer realisierbar und würden kaum zu einer Verschiebung des Modal Splits zugunsten des ÖV führen.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Vorstösse zu Fleischherstellung, Arbeitsbedingungen am Flughafen und Wohnungsknappheit

Bis zum Sitzungsende wird der Kantonsrat voraussichtlich noch ein paar Vorstösse behandeln, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen. GLP-Kantonsrätin Nathalie Aeschbacher will, dass der Kanton Zürich zu einem Zentrum innovativer und zukunftsfähiger Fleischherstellung wird, und verlangt vom Regierungsrat einen Bericht, wie der Kanton ein attraktiver Standort für diese Produktion werden kann ([KR-Nr. 117/2023](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die SVP den Vorstoss ablehnt, wird der Kantonsrat erst nach einer Debatte über die Überweisung entscheiden. Mit einer Interpellation hat SP-Kantonsrat Alan David Sangines dem Regierungsrat verschiedene Fragen zu den Arbeitsbedingungen am Flughafen Zürich gestellt ([KR-Nr. 225/2023](#)). Mit der Diskussion im Rat über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt. Ebenfalls auf offene Ohren bei der Regierung gestossen ist FDP-Kantonsrat Mario Senn mit dem Postulat betreffend «Analyse von Massnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsknappheit» ([KR-Nr. 227/2023](#)). Vom Regierungsrat wird verlangt, die Wirksamkeit verschiedener Massnahmen zu evaluieren. Weil die Grünen den Vorstoss ablehnen, wird der Kantonsrat auch hier erst nach einer Debatte über die Überweisung entscheiden.

Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich), 076 305 87 47

Alan David Sangines (SP, Zürich), alan.sangines@sp9.ch

Mario Senn (FDP, Adliswil), 079 796 12 04

Veranstaltungshinweis:

Sportlich geht es am frühen Montagmorgen noch vor der Kantonsratssitzung zu und her. Um 6.55 Uhr findet im Stadion Letzigrund der Start zum vierten #ZH Kantonsrats-Lauf statt. Die 55 teilnehmenden Ratsmitglieder können entweder während 20 Minuten eine Rundstrecke laufend oder walkend absolvieren oder alternativ Körper- und Bewegungsübungen machen. Im Mittelpunkt des vom Zürcher

Kantonalverband für Sport (ZKS) organisierten Anlasses steht weniger der persönliche Erfolg als die Idee, sich gemeinsam zu bewegen. Gleichwohl wird die zurückgelegte Distanz gemessen, um herauszufinden, welche Kantonsratsfraktion sich am meisten bewegt hat. Für Medien besteht die Möglichkeit, die Ratsmitglieder hautnah auf und neben der Strecke zu begleiten. Anmeldungen sind bis heute Mittag an nryser@zks-zuerich.ch, 044 802 33 76, zu richten.

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12